



dbb
beamtenbund
und tarifunion

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Hamburg**



DGB Hamburg · Besenbinderhof 60 · 20097 Hamburg
dbb hamburg - beamtenbund und tarifunion –
Mönkedamm 11 - 20457 Hamburg

Per Mail:

**an die Mitglieder
der SPD-Bürgerschaftsfraktion**

und

**an die Mitglieder
des SPD-Landesvorstandes Hamburg**

Abteilung
Vorsitzender

Unsere Zeichen
UG/Lau

Datum
19.05.11

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns an Sie/an Euch im Auftrage der Vorsitzenden unserer Gewerkschaften und Verbände, die zusammen mehr als die Hälfte der über 40.000 Beamtinnen und Beamten unserer Stadt organisieren.

Wie bekannt, sind wir seit Wochen im Dialog mit dem Senat über die Frage, welche Auswirkungen die Haushaltssituation einerseits und der Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst andererseits auf die Beamtenbesoldung in Hamburg haben.

Tatsache ist, dass der schwarz-grüne Senat zwar nie die rechtlichen Voraussetzungen für eine Änderung des Beamtenbesoldungsgesetzes geschaffen hat, dennoch aber massive Kürzungen für die Besoldung Hamburgs Beamtinnen und Beamte in den Haushaltsplan 2011/2012 eingearbeitet hat, der jetzt als technische Grundlage für die Haushaltsberatungen des Senats und der Bürgerschaft dienen.

Hamburgs Gewerkschaften erkennen an, dass der neue Senat in seinen bisherigen Absichtserklärungen bereits einen ersten kleinen Schritt nach vorne getan hat. Danach sollen die Eingriffe in die Besoldungsstruktur deutlich geringen ausfallen, als vom Vorgänger-Senat geplant. Diese Entwicklung wird aus unserer Sicht überlagert durch die Tatsache, dass es dennoch empfindliche Abstriche bei der Sonderzahlung (sogenanntes Weihnachtsgeld) geben soll. Hinzu kommt, dass mindestens für das Tarifjahr 2011 die Übernahme des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst für Hamburgs Beamtinnen und Beamte nicht vorgesehen ist.

Damit würde der Vorschlag des Senats zu Einkommensverlusten bei Hamburgs Lehrerinnen und Lehrern, Polizistinnen und Polizisten, bei den Feuerwehrbeamtinnen und –beamten, den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, den Beamtinnen und Beamten in den Bürgerdienststellen und dem Strafvollzug, bei den Steuer- und Verwaltungsbeamtinnen und –beamten, bei Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten und Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern zwischen 1000 und 3000 € jährlich führen.



Dies ist aus Sicht der Gewerkschaften nicht hinnehmbar. Unter den Betroffenen macht sich schwere Enttäuschung und deutlicher Unmut breit. Warum dies so ist, lässt sich in wenigen Sätzen zusammenfassen:

1. Die Kompromisse sind schon gemacht

Wir haben im öffentlichen Dienst nach vielen Verhandlungswochen mit den öffentlichen Arbeitgebern für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ländern als Gewerkschaften einen höchst maßvollen Tarifabschluss am 10. März 2011 erreicht.

In den Tarifverhandlungen wurde stets von Seiten der Gewerkschaften eine zeit- und wirkungsgleiche Übernahme auf die Beamtinnen und Beamten eingefordert. Sie wurde von Seiten der Arbeitgeber auch als Kostenbelastung mitgerechnet. Unsere Nachbarländer Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen übernehmen das Tarifiergebnis für die Beamtenbesoldung.

Die Tarifsteigerungen im Öffentlichen Dienst blieben in den vergangenen 10 Jahren regelmäßig deutlich hinter der ebenfalls schon wenig erfreulichen Entwicklung der privaten Wirtschaft. Diese „Sonderopfer“ bedeuteten massive Realeinkommensverluste. Sie waren allesamt mit der jeweils schwierigen staatlichen Haushaltslage begründet und brachten viele Familien von im Öffentlichen Dienst Beschäftigten in schwere Bedrängnis.

2. Hamburg verliert seine Wettbewerbsfähigkeit im Bundesvergleich

Die geplanten strukturellen Eingriffe in die Beamtenbesoldung würde Hamburg in das hintere Drittel der Länder im Bundesvergleich schieben. Im Ringen um die Qualität der besten Nachwuchskräfte kommt so die Hansestadt ins Hintertreffen. Die Lebenshaltungskosten in der Metropole sind eben einfach teurer als auf dem flachen Land. Allein die Mieten stiegen in der Hansestadt von 2005 auf 2010 um 24 %.

Nur am Rande sei erwähnt, dass Bayern, derzeit auf Platz eins im Ranking der Besoldung, also oberhalb Hamburgs, für München eine so genannte Ballungsraumzulage von 75 € (für Beschäftigte unter 3000 € Monatseinkommen) zahlt.

3. Sonderzahlungen sind wichtige Bestandteile des Jahreseinkommens

Gelegentlich wird der Eindruck erweckt, als sei die Sonderzahlung (das sogenannte Weihnachtsgeld) ein besonderes und deshalb auch verzichtbares Privileg. Mit der Realität hat das wenig zu tun. Seit 1993 mussten die Beamtinnen und Beamten mittels Kürzungen der Sonderzahlung massive Einschnitte in ihr Jahreseinkommen hinnehmen. Darüber hinaus ist die Rest-Sonderzahlung für die Familien der betroffenen Beschäftigten zum Jahresende ein unverzichtbarer, fest verplanter Bestandteil des Jahreseinkommens. Auch der Hinweis, dass diese Leistung überkommen und in der Privatwirtschaft längst unüblich sei, entspricht nicht den Tatsachen. Laut Statistikamt Nord wurden im Jahr 2010 im Durchschnitt an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hamburg Sonderzahlungen in Höhe von 4836 € (!) jährlich bezahlt. Davon ist der öffentliche Dienst schon jetzt weit entfernt.



4. Abstriche bei den Pensionen

Die im Vergleich zur Privatwirtschaft unterdurchschnittlichen Einkommen werden von vielen Beamtinnen und Beamten im Vertrauen auf eine gute Altersversorgung hingenommen. Wenn die Bezieherinnen und Bezieher von Pensionen massive Abstriche hinnehmen müssen, wird in ihre Lebensqualität eingegriffen, ohne dass sie selbst noch die Chance hätten, dafür Vorsorge zu treffen. Wir weisen außerdem darauf hin, dass die Veränderungen bei der Altersversorgung rechtlich auf sehr „wackligen Beinen steht“.

5. Verbesserte Einnahmesituation

Die Ziele der Schuldenbremse werden auf der Ausgabenseite allein nicht erreicht werden können. Jedenfalls nicht durch Personalkostenreduzierung. Wir begrüßen es, wenn jetzt immer deutlicher unsere Forderung nach strukturell wirksamen Einnahmeverbesserungen Unterstützung findet.

Unser Fazit:

Hamburgs Gewerkschaften begrüßen die Ankündigungen des ersten Bürgermeisters, dass der Senat künftig die Tarifergebnisse des öffentlichen Dienstes wieder auf die Beamtinnen und Beamten der Hansestadt übertragen wird. Wir verstehen dies als eine Rückkehr zum Prinzip der Tariftreue.

Unabhängig von der Diskussion über die Sonderzahlung muss das Prinzip der Tariftreue auch für das Jahr 2011 gelten. Dabei sind wir vorsichtig optimistisch, dass es gelingen kann, auch hier noch einen Schritt voranzukommen. Unser Appell geht an alle Verantwortlichen in der SPD, diesen Prozess zu unterstützen.

Hamburg braucht engagierte und motivierte Beamte! Der Senat verlangt von ihnen Loyalität und Leistungsbereitschaft. Nicht mehr und nicht weniger erwarten sie auch umgekehrt!

Mit freundlichen Grüßen

Rudolf Klüver
Vorsitzender

Uwe Grund
Vorsitzender